

KOMMENTARE



Ein bisschen schnell

Berliner Planungen für Afghanistan

► ANDREAS HERHOLZ (BERLIN)

Rückzug marsch, marsch! Die neue Afghanistan-Strategie ist nichts anderes als der Anfang vom Ende des Bundeswehreinsetzes in Afghanistan. Acht Jahre lang hat die internationale Staatengemeinschaft vergeblich versucht, das zu erreichen, was jetzt in kürzester Zeit hergestellt werden soll: Frieden, Stabilität und Sicherheit – und zwar unter afghanischer Verantwortung.

2011 soll bereits mit dem Abzug des deutschen Kontingents begonnen werden. Der Letzte schaltet das Licht aus. Doch vorher werden noch einmal bis zu 850 Bundeswehrsoldaten zusätzlich an den Hindukusch geschickt, so als ob sie jetzt die Wende einleiten könnten. Es ist eine gefährliche Strategie, die vor allem innenpolitisch motiviert zu sein scheint.

Wenn die deutschen Einsatzkräfte künftig verstärkt außerhalb der Feldlager die Ausbildung afghanischer Militärs und Polizei übernehmen sollen, dürfte die Zahl der Angriffe und Opfer noch weiter steigen. Die

Taliban werden die Ausstiegsdebatte und die genannten Termine zum Anlass nehmen, um den Druck noch weiter zu verstärken und die Welle der Gewalt zu erhöhen.

Grundsätzlich ist der Strategiewechsel hin zu mehr Ausbildung und Entwicklungshilfe mehr als überfällig. Womöglich kommt er zu spät. Doch darf im Gegenzug die militärische Absicherung nicht zurückgenommen werden. Wer jetzt zu früh den Abzug einleitet, gießt Wasser auf die Mühlen der Taliban und gefährdet die mühsam erkämpften und erarbeiteten Erfolge der vergangenen Jahre.

Viel zu zögerlich sind die afghanischen Sicherheitsstrukturen aufgebaut worden – ganz gleich ob Armee, Polizei oder Justiz. Zu unentschlossen hat man Korruption und Drogenhandel bekämpft. Wer diese Aufgaben und damit auch die Verantwortung für das Scheitern jetzt im Eiltempo den Afghanen übergeben will, stiehlt sich davon.

► az-politik@zeitungsverlag-aachen.de



Esprit, Kraft, Konsens

Was die Linkspartei nach Lafontaine braucht

► RASMUS BUCHSTEINER (BERLIN)

Erstaunlich rasch, erstaunlich geräuschlos haben sie sich geeinigt: Klaus Ernst, Gesine Lötzsch und eine deutlich veränderte Führungsmannschaft sollen es richten – als letztes Aufgebot der Linken. Die Fußstapfen Oskar Lafontaines sind groß, wahrscheinlich zu groß für die beiden Parteichefs in spe. Sie verfügen nicht annähernd über die rhetorische Kraft, die Autorität und jene Gabe zum Zuspielen und Polarisieren, die Lafontaine als Chef der Linken auszeichneten.

Dass die Partei mit dem krankheitsbedingten Rückzug des Saarländers an Anziehungskraft verliert, kann niemand bestreiten. Der Zenit scheint überschritten. Wie groß das Selbstzerfleischungspotenzial innerhalb der Linkspartei ist, haben die letzten Wochen bereits gezeigt. Statt einen Wahlerfolg nach dem anderen einzufahren, werden sich die Genossen erst einmal verstärkt mit sich selbst

zu beschäftigen haben.

Die Linken müssen nachholen, wofür in den letzten Jahren Zeit, Kraft und Esprit fehlten: ein Grundsatzprogramm verabschieden, die parteiinternen Dauerkonflikte befrieden und schließlich Visionen entwickeln.

Bleiben die Linken auf Dauer ein Machtfaktor? Oder verschwinden sie schon bald wieder in der Bedeutungslosigkeit? Der Anfangselan scheint verfliegen, die einstige Aufbruchstimmung auch. Vor dem neuen Führungsduo liegen die Mühen der Ebene. Viel wird davon abhängen, welchen Kurs Ernst und Lötzsch der SPD gegenüber einschlagen. Allein auf Abgrenzung und Fundamentalopposition zu setzen, diese Strategie wird nicht aufgehen. Behält die Linke Lafontaines kompromisslose Linie bei, wird sie ohne wirkliche Machtperspektive im Bund bleiben und sich damit auf Dauer überflüssig machen.

► az-politik@zeitungsverlag-aachen.de

Das Team gegen Grabenkämpfe

Die Linkspartei will Zerreißproben vermeiden und erhält wieder eine Doppelspitze. Und dazu kommen noch ein Parteiprogramm und Sahra Wagenknecht als Gralshüterin der kommunistischen Lehre.

VON RASMUS BUCHSTEINER

Berlin. Da stehen sie nun: Klaus Ernst und Gesine Lötzsch – jenes Duo, das in die großen Fußstapfen Oskar Lafontaines treten soll. Schwere Aufgaben warten auf die Haushaltspolitikerin aus dem Ostberliner Bezirk Lichtenberg und den IG-Metall-Funktionär aus dem bayerischen Schweinfurt. Nach dem Abtritt des Saarländers von der bundespolitischen Bühne müssen sie die Linkspartei vor neuen Zerreißproben bewahren.

„Einfach den Oskar machen, wird nicht klappen“, betont Ernst. Er weiß, welche hohe Erwartungen auf den Schultern der beiden Vorsitzenden in spe lasten. Knapp 72 Stunden nach der Rückzugsankündigung des an Krebs erkrankten Parteichefs haben sich die Genossen neu sortiert. Das Erbe wird auf viele Schultern verteilt.

„Der Westen darf nicht den Osten und der Osten nicht den Westen dominieren.“

KLAUS ERNST, DESIGNIERTER VORSITZENDER DER LINKEN



Neue Doppelspitze

Zeichnung: Tomicek

Eine ganze Nacht hatten die Genossen um das Personaltableau gerungen. Erst um fünf Uhr morgens sei er im Bett gewesen, sagt Gregor Gysi. Aber jetzt sei er „schon ein bisschen stolz“, wollte er doch das Führungsvakuum so schnell wie möglich beenden und so neue Grabenkämpfe verhindern. Dem Drängen, selbst die Parteiführung zu übernehmen, habe er nicht nachgegeben, so der Fraktionschef. Müdigkeit, aber auch Erleichterung sind den Mitgliedern

der neuen Führungsriege anzumerken, als sie von einem trotz Schlafmangel putzmunteren Gysi präsentiert werden.

Viel Zeit zum Einarbeiten bleibt dem neuen Spitzenteam nicht. Bis zur offiziellen Kür beim Parteitag im Mai in Rostock müssen sich die Kandidaten der Basis in Ost und West empfehlen. Womöglich noch im Februar soll es den Ent-

wurf für das erste Grundsatzprogramm in der Geschichte der Linkspartei geben – vorgelegt wahrscheinlich noch von Lafontaine und seinem scheidenden Co-Vorsitzenden Lothar Bisky. Und in Nordrhein-Westfalen kämpft man um den Einzug in den Landtag. In sechs westdeutschen Landesparlamenten sind die Linken bereits vertreten. Doch

scheint keinesfalls ausgemacht, dass an Rhein und Ruhr der nächste Wahlerfolg gelingt.

Fein austariert nach Mann/Frau, Ost/West und Zugehörigkeiten zu innerparteilichen Strömungen und Gruppierungen ist die neue Führung. Sahra Wagenknecht, Chef der kommunistischen Plattform, soll stellvertretende Parteivorsitzende werden und damit für die gesamte Partei sprechen, nicht nur für die Kommunisten.

Jetzt gehe es darum zu überzeugen, dass „wir die Richtigen sind“, betont Lötzsch. Ernst, der zu den Gründern der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) gehörte, die schließlich mit der PDS zur Linkspartei fusionierte, gibt sich als Bewahrer von Lafontaines Erbe. Er sei ausdrücklich dafür, dessen Kurs beizubehalten. Man dürfe nicht wackeln, müsse den Markenkern der Linken beibehalten. Regierungsbeteiligungen seien zwar möglich, doch müssten dabei die eigenen Positionen einfließen.



Gut gelaunte Dreierspitze: Linken-Fraktionschef Gregor Gysi (Mitte) gestern in Berlin mit der designierten Doppelspitze der Linkspartei, Gesine Lötzsch und Klaus Ernst (rechts). Foto: dpa

Mit Job-Vermittlung allein ist es nicht getan

Geteiltes Echo auf den Gesetzentwurf zur Reform der Arbeitsgemeinschaften. CSU: Bitte nachbessern!

VON CHRISTOPH SLANGEN

Berlin. Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) gibt sich bei der Jobcenter-Reform unbekümmert: „Das wird jetzt pragmatisch, unkompliziert, lebensnah und bürgerfreundlich organisiert.“

Doch genau daran zweifelt nicht nur die Opposition. „Die Pläne der Ministerin führen zum Chaos bei der Betreuung Langzeitarbeitsloser und zu Mehrkosten für die Kommunen“, warnt Hubertus Heil, SPD-Fraktionsvize im Bundestag, vor den Plänen, die von der Leyen am Montag vorgestellt hatte.

Auch aus den Ländern kommen kritische Töne. Der Dauerstreit um die Reform geht in die nächste Runde. Die Zeit für eine gesetzliche Regelung ist knapp.

Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts sind die Arbeitsgemeinschaften zwischen Bundesagentur für Arbeit und Kommunen als Mischverwaltung nicht zulässig. Bis zum 1. Januar 2011 muss eine andere Lösung in Kraft sein – und das möglichst ohne Umstellungsschwierigkeiten. Die Alternative: Eine Änderung des Grundgesetzes. Die Verfassungsänderung hatten die Länder befürwortet, doch die Bundestagsfraktion der Union ist strikt dagegen. Die neue Arbeitsministerin sieht keine andere Chance, als eine Lösung ohne Grundgesetzänderung vorzuschlagen. Kommune und Bundesagentur in den 346

Jobcentern sollen künftig freiwillig kooperieren: Juristisch getrennt, doch weiter unter einem Dach, um die Betreuung der Langzeitarbeitslosen wie bisher durchzuführen. Getrennte Bescheide für Miet- und Heizkostenerstattung (Kommune) und Hartz-IV-Sätze (Bundesagentur) sollen zusammen in einem Briefumschlag verschickt werden. So würde sich in der Praxis aus Sicht der Arbeitslosengeld-II-Empfänger nicht viel ändern, doch die Verantwortlichkeiten wären klarer. „Doppelte Bescheide sind unpraktisch, die 75 000 Mitarbeiter werden sich in Zukunft weniger um Vermittlung kümmern können“, befürchtet jedoch SPD-Mann Heil. Max Strau-

binger, sozialpolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe, lobt von der Leyens Entwurf als „klare Regelung“. Man könne „nicht ständig am Grundgesetz herumfummeln“, verwirft er die SPD-Forderungen. Allerdings müsse man im Entwurf von der Leyens schauen, „wie man die Kommunen noch besser stellen kann“.

Für von der Leyen kommt Gegenwind auch aus dem Unionslager: Bayerns Arbeitsministerin Christine Haderthauer (CSU) fordert deutliche Nachbesserungen an dem Gesetzentwurf. Die Neugestaltung müsse als Chance genutzt werden, Transferempfängern zielgerichteter zu helfen. Mit der Vermittlung eines Arbeitsplat-

zes sei es nicht getan. „Erfolgreich wird bei einigen nur ein Ansatz sein, der neben einem Arbeitsplatz auch Alltagskompetenz, den Umgang mit dem Haushaltsgeld oder der Nahrungsmittelzubereitung in den Blick nimmt.“ Die Bemühungen müssten nach einer Arbeitsplatzvermittlung weitergehen, „bis auch keine kommunalen Leistungen wie Wohngeldzahlung mehr notwendig sind“, forderte Haderthauer. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, lobt dagegen von der Leyen: „Im Entwurf ist viel von Kooperation die Rede – das finden wir gut. Das befürchtete Bundessozialamt sehe ich nicht.“

NACHGEFRAGT

„Es fehlt eine Analyse“



► ULRICH KIRSCH
Vorsitzender des Deutschen Bundeswehrverbandes

Die Bundesregierung arbeitet an einem neuen Konzept für den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr. Schwarz-Gelb will offenbar 500 Soldaten mehr an den Hindukusch schicken. Ist das die richtige Strategie?

Kirsch: Wir benötigen zunächst eine schonungslose und lückenlose Bilanz. Es gibt immer noch keine gründliche Analyse des militärischen Engagements und des Aufbaus der afghanischen Sicherheitskräfte. Die Bestandsaufnahme bleibt mal wieder auf der Strecke. Eine reine Zahlen Diskussion hilft nicht weiter. 500 Soldaten mehr oder weniger – damit steht oder fällt nicht der Erfolg des Einsatzes. Das hat nichts mit einer neuen Strategie zu tun. Die Bundeskanzlerin sollte in ihrer Regierungserklärung Klarheit schaffen.

Die SPD nennt bereits 2015 als konkretes Abzugsdatum. Ist das eine sinnvolle Festlegung?

Kirsch: Ein Überbietungswettbewerb an Abzugsdaten hilft in der Tat nicht weiter. Die SPD spricht von einem Korridor in der Zeit 2013 bis 2015. Das hält nicht

nur der afghanische Außenminister für unrealistisch. Das wäre kein vernünftiger Weg. Realistisch und vernünftig wäre, in dieser Zeit eine Abzugsperspektive zu erarbeiten. Dafür muss es eine grundlegende Bilanz geben. Wichtig wäre auch eine konsequente Erfolgskontrolle.

Bundesaußenminister Guido Westerwelle (FDP) fordert ein Ausstiegsprogramm für Taliban-Folgsleute.

Kirsch: Man wird gar nicht daran vorbeikommen, mit den Taliban zu reden. Nur so lässt sich ein Weg der Entspannung finden. Auf der einen Seite müssen Sicherheit und Wiederaufbau geleistet werden, auf der anderen Seite muss man mit den Gegnern ins Gespräch kommen.

Ein Untersuchungsausschuss soll die Umstände und Hintergründe des Luftangriffs bei Kundus aufklären. Wie bewerten die Soldaten die politische Debatte?

Kirsch: Der Untersuchungsausschuss wird von den Soldaten mit sehr gemischten Gefühlen beobachtet. Die Aufklärungsarbeit darf sich nicht zu einer Schlammschlacht entwickeln. Die entscheidende Frage ist: Wie geht man mit dem Befehlshaber Oberst Klein um? Die Rechtssicherheit für solche Einsätze ist nicht hinreichend gegeben. Andreas Herholz (Berlin)

Einhelliger Protest in der Städteregion Aachen gegen von der Leyens Pläne

Auf Unverständnis stoßen die Pläne von Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen zur Reform der Jobcenter in der Städteregion Aachen. „Das ist das Ende der kommunalen Arbeitsmarktpolitik“, sagt Stefan Graaf, Geschäftsführer der Hartz-IV-Arge in der Städteregion, die derzeit für 52 500 Menschen zuständig ist.

Mit dem geplanten Modell werde die bisherige Zusammenarbeit auf Augenhöhe beendet, meint Graaf. „Künftig soll die Bundesagentur bestimmen, und die Kommunen sollen nur zahlen.“ Graaf befürwortet wie etliche Mitspreiter nach wie vor

eine Grundgesetzänderung, um das Arge-Modell beibehalten zu können. Zu dessen Befürwortern gehört auch Günter Schabram: „Wir sind fassungslos. Das von der Ministerin vorgeschlagene Modell ist das schlechteste, das ich mir vorstellen kann. Es wird teurer und bürokratischer als bisher“, meint der Sozialdezernent der Städteregion.

Der „total enttäuschte“ Städteregionsrat Helmut Etschenberg (CDU) setzt darauf, dass der Gesetzentwurf noch verändert und es dadurch neue Optionskommunen geben wird. „Der Aufstand der Kommunen geht weiter. Denn der vor-

gelegte Entwurf ist eine mehrfache Rolle rückwärts“, sagt Etschenberg, der vor allem auch mit den CDU-Bundestagsabgeordneten aus der Region nochmals reden will.

In einem Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel protestieren auch die Bundestagsabgeordneten Ulla Schmidt (SPD/Aachen), Dietmar Nietan (SPD/Düren), Bettina Herlitzius (Grüne/Herzogenrath) und Oliver Krischer (Grüne/Düren) gegen von der Leyens Pläne und gegen die ihrer Meinung nach zu komplizierte getrennte Beantragung und Bearbeitung von Leistungen für Hartz-IV-Empfänger. (udo)